

© **Neue Zürcher Zeitung; 18. August 2010;**

Schweiz (il)

Akademisierung nicht als Selbstzweck

CVP will weder eine höhere Maturitätsquote noch den Hochschulabschluss für Kindergärtner

Die CVP tritt der Behauptung entgegen, das Schweizer Bildungssystem sei in einer Krise. Handlungsbedarf sieht die Mittepartei dennoch.

wab. Bern · Im Schatten der Diskussionen um die bevorstehenden Bundesratswahlen hat die CVP am Dienstag versucht, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Bildungspolitik zu lenken. Vizefraktionschefin Brigitte Häberli (Thurgau), die Nationalratsmitglieder Gerhard Pfister (Zug) und Barbara Schmid (Zürich) sowie Ständerat Ivo Bischofberger (Appenzell Innerrhoden) präsentierten ein Positionspapier, das als Basis für parteiinterne und -externe Debatten dienen soll.

Homogene Qualitätsstandards

Die Schweiz werde um ihr Bildungssystem international beneidet, von Krise könne keine Rede sein, hielt Gerhard Pfister fest. Es gelte denn auch, die Schule vor Eingriffen der Politik in operative Fragen zu bewahren und ihr wieder mehr Freiheit zu geben. Die verschiedenen Pfeiler (duale Berufsbildung und Fachhochschulen, Gymnasien und Universitäten) dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Insofern sei auch die Empfehlung der OECD, die Maturitätsquote zu erhöhen, falsch, erklärte Ivo Bischofberger. Eine solche Erhöhung würde das Niveau senken, und das wäre verkehrt. Der prüfungsfreie Zugang zu den Hochschulen über eine qualitativ hochstehende Matur sei aufrechtzuerhalten. Die kantonal zum Teil sehr unterschiedlichen Leistungsniveaus gelte es mit einheitlichen Qualitätsstandards, möglichst ohne Eingriffe des Bundes, anzugleichen. Die CVP postuliert zudem den Erhalt und die Förderung von Langzeitgymnasien, die bessere Ergebnisse erzielten als kurze Maturitätsschulen.

Noch nicht erreicht habe die Volksschule die erstrebte Chancengerechtigkeit beim Start. Frühförderung und Tagesschulen seien unterstützenswerte Forderungen. Eine «Verakademisierung» von Berufen wie der Kindergärtnerin oder auch der Hebamme sei indes verfehlt, erklärte Brigitte Häberli. Die duale Berufsbildung sei eine Stärke der Schweiz. Sie solle mit einer internationalen Verankerung und Anerkennung gefördert werden. Ausgeweitet werden sollten auch das Angebot von Attestausbildungen sowie Verbände von Lehrbetrieben. Um Lehr- und Studienabbrüchen vorzubeugen, brauche es eine bessere Zusammenarbeit von Schule, Elternhaus und Wirtschaft in der Vorbereitung der Berufswahl.

Gebühren für Ausländer

Bei den Hochschulen möchte die CVP den Praxisbezug der Fachhochschulen fördern und deren Verpflichtung, Forschung zu betreiben, überprüfen. Pfister warnte zudem davor, im Rahmen des neuen Bundesgesetzes über die Förderung und Koordination der Hochschulen die Finanzierung auf Kosten der renommiertesten Institute, z. B. der ETH, zu nivellieren. Die Bologna-Reform sei eine nicht mehr rückgängig zu machende Realität, ihre Umsetzung sei aber kritisch zu evaluieren, und Mängel seien zu beseitigen. «Massvoll erhöhen» möchte die CVP ferner die Gebühren für Studierende aus dem Ausland, deren Zustrom massiv zugenommen hat.